

Ausgabe Groß-Berlin deutsche Arbeiterzeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Berlin, 27. März 1930
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein, Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dohoff
8387-8349. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postschek-Konto:
Bank Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und National-
bank. Depot-Konto: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

Die „DAZ“ erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis
monatlich 4,35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung). An-
zeigenspreis: 0,40 R.-M. Familien-Anzeigen und Stellen-
angebote 0,25 R.-M. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei un-
erschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 145
10. März 1930

Unsere Meinung

Wird sich heute das Schicksal des Kabinetts Müller entscheiden? Wenn ja, so ist es ein Schicksal, das nicht nur die deutsche, sondern die europäische Politik beeinflussen wird. Wenn aber die Erwartung der Wahrung des Kabinetts über die große Koalition noch einmal ausgeübt werden sollte, so wird es sich um eine Sonderform handeln. Die gegenwärtigen Lage, die fruchtlosen Verhandlungen über Steuern, die seit Monaten verliert und erschöpft sind, beweisen am besten den Widerstand einer ganzen Konstellation, die sich nicht freimachen konnte von dem Agitationsbedürfnis und der Machtstreberei der Sozialdemokratie. Aber das Kabinett trägt ein gewisses Maß von Schuld, denn einige Energie, einiges Mäßigkeit hätte sehr wohl bewirken können, daß die wichtigsten Erörterungen des Kabinetts nicht in der jetzigen Weise dem virenen Widerstand parlamentarischer Zirkel gegenüber übergeben wurden. Niemand will die Verantwortung übernehmen. Was auch nach dem jetzigen Regime kommen mag — es wird sich nur halten, wenn es sich endlich zu anderen Methoden, zu einer anderen Gestaltung, zu einem anderen, über den Parteikampf hinweggreifenden Willen bekennt.

Der Staatsbürger, der die Finanzpolitik des Kabinetts nicht in jeder Augenblicksphase verfolgte und gegenwärtig hat, wird sich in seinem beschränkten Urteilsvermögen darüber wundern, daß es sich bei den augenblicklichen Verhandlungen gar nicht einmal um einen Vorkurs in dem am nächsten Dienstag beginnenden neuen Haushaltsjahr handelt, sondern um fragwürdige Forderungen für das nächste Jahr vor uns liegende. Im Jahr 1931, Gleichgültig, wie die augenblickliche Krise, die über die Finanzpolitik ausgebrochen ist, eben wird — die eine Aufgabe scheint unter allen Umständen bestehen bleiben zu sollen: daß mit einer solchen Lage politisch nicht begonnen wird, daß der neue Etat rund 1 Milliarde an Ausgaben mehr bewilligt als der letzte. Im vorigen Haushaltsjahr wurde bei den Ausgaben die 10-Milliarden-Grenze ermahnt überhört. Dieser Widerstand hat nunmehr zehn Prozent auf jeden Fall hinzugefügt werden. Wenn man an das Problem der Ausgabenbeschränkung heranzieht, so besteht die Haupt Schwierigkeit darin, daß keine verlässlichen Zahlen und keine Verläßlichkeit zu erhalten ist. Man glaubt, auf eine Senkung der persönlichen Ausgaben, sei es durch eine Verbrauchsreform, sei es auf eine andere Weise hinzuwirken. Bei den persönlichen Ausgaben und dem Sozialisten liegen die Ursachen wesentlichen Ersparnismöglichkeiten, da die übrigen Kosten durchweg festgelegt sind, namentlich Reparaturen, Schuldendienst, landlicher Seeresbedarf und die im großen Maß übermäßig hohen — landwirtschaftlichen Ausgaben. Wie sehr die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung von Jahr zu Jahr gestiegen sind, ist aus den Erörterungen der letzten Wochen bekannt. Es ist zweifellos, wenn hierüber nicht etwas getan wird, werden 100 Millionen erbringen und neben 120 Millionen für Arbeitslosenunterstützung noch einmal einige 100 Millionen jährlich aus öffentlichen Mitteln beigesteuert werden müssen. Die Finanzreform ist offenbar durch Parteipolitik zu scheitern zu tun, und es wird unter solchen Umständen, wenn diese Aufgabe in sozialer Weise durchzuführen, damit endlich durch eine Steuererhöhung die Wirtschaft ihre Rentabilität und damit der Volkswirtschaft seine festen Grundlagen wiedererlangt.

Heute zweite Erwiderung Thüringens an Cöbering

Die thüringische Regierung hat in ihrer heutigen Kabinettsitzung eine Antwort zur Erwiderung des letzten Schreibens des Reichsinnenministers Cöbering beschlossen. Diese Antwort soll in der morgigen Sitzung des thüringischen Landtages gelesen werden.

In Thüringen gehen zur Zeit bei den höheren Beamten die „Meine Briefe“ um. Wie zuverlässig mitgeteilt wird, sollen 70 Briefe an Cöbering geschrieben sein und andererseits untergebracht werden.

Premieren von gestern

„Meine Schwestern und ich“
Königsberg
Operetten von Waldemar Fick, Text: Walter Fick und Hermann Fick. Ein Streifen, der sich als kleine Märchenwelt offenbart, damit sie der arme D. phil. detektiv. Die Musik bringt die Schläger der kommenden Saison. Im ganzen eine harmlose Lebensweise, die nicht nur die Herzen der Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch die der Damen und Herren erfreuen wird. Vergnügung, langanhaltender Beifall.

„Geschäft mit Amerika“
Luffschiffbau
Operetten von Waldemar Fick, Text: Walter Fick und Hermann Fick. Ein Streifen, der sich als kleine Märchenwelt offenbart, damit sie der arme D. phil. detektiv. Die Musik bringt die Schläger der kommenden Saison. Im ganzen eine harmlose Lebensweise, die nicht nur die Herzen der Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch die der Damen und Herren erfreuen wird. Vergnügung, langanhaltender Beifall.

Letzte Belebungsversuche

Die Mittwoch-Besprechungen der Parteiführer und Sachverständigen erfolglos — Entscheidung auf heute verlegt — Geringe Aussichten für den Weiterbestand des Kabinetts

Der Mittwoch ist ohne die vom Zentrum verlangte Entscheidung über das Finanzprogramm, ohne Klärung der Möglichkeiten für eine Weiterarbeit der Koalition, ohne Befreiung der Verhandlungsgegenstände verstrichen. Die Kabinettsitzung, in der endlich die der politischen Behandlung des Finanzprogramms Stellung genommen werden soll, ist auf heute mittag verschoben. Dieser Tag werden die Parteiführer, die am Mittwochabend ihre Verhandlungen ergebnislos verließen, um 10 Uhr morgens noch einmal zusammenzutreten, um den letzten Versuch einer Einigung zu unternehmen.

Die Verhandlungen um einen Ausweg sind während des Mittwoch-Abends betrieben worden als je. Die Besprechungen der Parteiführer, an denen auch der Reichsführer und andere Kabinettsmitglieder teilnahmen, dauerten viele Stunden. Wenn es trotz äußerster Anstrengungen nicht gelang, ein Ergebnis zu erzielen, so verbleibt es doch in den parlamentarischen Kreisen eine hoffnungslosere Stimmung. Es scheint, als ob die Parteiführer alles daransetzen würden, um eine Überwindung der Schwierigkeiten zu ermöglichen. Die Frage der Steuererhöhung wurde dabei zweitrangig behandelt, weil die gleiche Erhöhung eine Einigung erzielen zu können, sobald die schwebeliegende Frage der Arbeitslosenversicherung ausgeräumt ist.

Die sozialpolitischen Sachverständigen unter Beteiligung einer Reihe von Parteiführern wieder zusammen, um in besonderen Beratungen die Fragen der Arbeitslosenversicherung zu unterziehen. Es wurde eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Neben einem demografischen Kompromißplan, der eine Erhöhung der Beiträge auf 3% vorschlägt, gleichzeitig aber eine Befreiung (statt der unbegrenzten) Tarifschlüssel des Reichs vorschlägt, riefte im Zentrum der Abendbesprechungen ein Vermittlungsvorschlag Dr. Brüning in den Vordergrund, der es bei der Abgrenzung Beitragsregelung vorläufig befreit, die Zuschüsse vorläufig auf die bereits in Aussicht genommenen 150 Millionen beschränkt und die weitere Regelung der Beitragserböhung der Zuschüsse aus neuen steuerlichen Mitteln, bis zum Herbst abschließen wollte.

Wenn Plänen lag offenbar der Gedanke zugrunde, daß möglicherweise im Laufe des Sommers eine Entspannung der Arbeitsmarktes und damit eine Besserung der Lage der Reichsbank eintreten könnte. Der Vorschlag Dr. Brüning seien in letzter Stunde abgelehnt, eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen zu geben, als er die Frage von Personalreformen nicht verdräute oder gar vernichte. Im Laufe der Besprechungen trangen sich die Parteien um einen freien Bereich, festlichen Aufbau von Leistungen rundweg auszusprechen. Das bedeutet einen Verzicht auf die Möglichkeit von Reformen und war somit für

die Deutsche Volkspartei unannehmbar. Es gelang nicht, diesen Widerspruch zu lösen.

Die Gegenstände blieben unüberbrückt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es auch den Parteiführern heute vormittag nicht gelingen wird, hier einen Ausweg zu finden, es sei denn, daß die Sozialdemokratie nachgibt, was sie sich durch ihren Verzicht vom Mittwochmittag selbst zu bringen gelohnt.

Die politische Entscheidung wird nach allem nicht mehr länger hinausgeschoben oder umgangen werden können und wird im Laufe des heutigen Tages fallen müssen. Sie wird voraussichtlich gegen die bisherige Koalition fallen.

In offiziellen Kreisen wird trotzdem noch immer die Hoffnung aufrechterhalten, daß es dem Kabinett durch einen politischen Willensakt — obwohl von Willen in den letzten Tagen wenig mehr zu hören gewesen ist — gelingen könnte, das Zentrum noch in letzter Stunde herumzuführen. Man hat auch auf die Parteiführer, deren politisches Votum aber das negative Ergebnis der Sachverständigen hinweggerufen wurde, dabei Hoffnungen gesetzt auf förmlichen Willen. Tatsache ist, daß die Parteiführer auf förmlichen Willen nicht mehr zu rechnen können und daß die Parteiführer nicht mehr möglich gewesen ist, der Reichsliste die nötigen neuen Einnahmen zu erschließen.

Briand wieder in London

Völlig neue Lage auf der Kontinentenfrage infolge des amerikanischen Schrittes

Es. London, 26. 3. (Eigenbericht)
Seine abend ist Briand wieder hier eingetroffen. Im selben Zuge reiste die ägyptische Expedition nach London über den Hofstaat des Präsidentenvertrages mit England verhandelt wird. Die Vertreter waren auf der Überfahrt über den Kanal Frühstücker Briands. Briand und die Begleiter wurden von Henderson am Bahnhof empfangen.

Durch den heute morgen gemachten amerikanischen Schritt ist eine völlig neue Lage geschaffen worden.

In England selbst macht die Opposition mobil gegen den bevorstehenden oder schon vollzogenen „Maffei MacDonald“ in der Scherzfrage. Ein der heutigen Kabinettsitzung gegen den Vizepräsidenten und mit seiner Ansicht durchgegangen ist, daß England auf Grund der veränderten Haltung Amerikas nunmehr in der Lage ist, einen Willensakt zu vollziehen, damit die Kontinentenfrage endlich ein für allemal entschieden wird. Dies wird heute abend zwar prompt demittiert, das Demittiert trifft aber nicht den Kern der Sache.

MacDonald ist in der Tat der Ansicht, daß die amerikanische Konzeption das Weidlich grundsätzlich umgekehrt, was nämlich die europäischen Verpflichtungen in Europa und unter den Rückversicherungen betreffend.

Der amerikanische Senator Robinson hat in den letzten Tagen verschiedene Unterhaltungen mit Lord George gehabt, und MacDonald glaubt nunmehr in der Lage zu sein, mit Hilfe der Liberalen Partei gegen die konservativen Opposition neue vertrauliche Verpflichtungen übernehmen zu können. Wie weit MacDonald zu gehen bereit ist, das hängt natürlich von der französischen Gegenhaltung ab. Es werden Hilfsmittel von 150 000 bis 200 000 Tausend genannt, um die britische Flotte, Kreuzer- und U-Bootprogramm herzustellen zu können.

Was Präsident Hoover getan hat, kommt kurz auf das folgende hinaus: Amerika wünscht, an der Befreiung Europas mitzutun. Es ist jedoch, wenn die europäischen Schwierigkeiten auf dem Wege geräumt werden.

Wenn es den europäischen Gegenpartnern gelingt, sich zu einigen, dann — und nur dann — will Amerika die Befreiung stellen, die darin besteht, daß es sich bereit erklärt, an der Befreiung europäischer Staaten teilzunehmen.

Das widerspricht der ganzen bisherigen amerikanischen Tradition gegenüber dem Zentrum und dem Vizepräsidenten. Das wäre in der Tat Weltgeschichte. Aber man wird nicht folgen, wenn man die Befreiung nicht leisten will. In der Tat ist die amerikanische Grund gegeben, die den Vizepräsidenten Hoover dazu bewegen haben sollen, diese Befreiung in Aussicht zu stellen.

Über den Sinn der amerikanischen Aktion können die folgenden Ausführungen gemacht werden, deren materieller Inhalt direkt auf den Staatspräsidenten Simon zurückgeht:

„Amerika ist bereit, seinerseits einen Beitrag zur Befreiung Europas und zur Rettung der Kontinentenfrage beizusteuern. Amerika will aber keine Bedingungen. Der amerikanische Beitrag ist kein Selbstzweck, die Befreiung des französischen Kontinentes darf nicht — und moralisch nicht — auf die amerikanische Aktion gegründet werden. Amerika kann als Zweckmittel nur „ein anderes Instrument“ in Frage kommen.

Die amerikanische Konzeption macht aber ein solches „Instrument“ möglich.

Die macht England die Hände frei in der Frage der Sozial- und Sanftionmaßnahmen der Rüstungsbeschränkungen.

England hat sich bisher geweigert, die Verwendung seiner Flotte zu solchen Maßnahmen unter irgendwelche Bedingungen zu stellen, da es hierdurch sofort in einen Konflikt mit Amerika geraten könnte. Wenn Amerika sich jetzt verpflichtet, einen Konfliktvertrag zu unterzeichnen, so ist damit dieses Risiko für England beseitigt. Wenn es nun Konflikt kommt, dann ist England der beratenden Mitarbeit Amerikas sicher, wobei natürlich vorausgesetzt, daß England dann genau daselbst tun wird wie Amerika.

Diese anglo-amerikanische Kooperation ist der Kern und Ausgangspunkt der Idee. Mit dieser amerikanischen Unterstützung würden für England die Bedenken fortfallen, die England stets gegen die Verwendung seiner Flotte in den bekannten Rüstungsbeschränkungen geltend gemacht hat. Damit ist für England die Möglichkeit gegeben, eine Verpflichtung hinsichtlich der unter den Rüstungsbeschränkungen vorgesehenen Präventivmaßnahmen zu übernehmen.

Wie diese Präventivmaßnahmen aussehen und sollen den Gegenstand eines Abkommens sein. Es liegt der Hand, daß die Engländer sich bereit erklären, unter der Bedingung, daß die Engländer sich ohne eine amerikanische Rüstungsbeschränkung auf ein solches Experiment nicht einlassen können. Darüber wird offiziell nichts zu hören sein. Wenn der Plan aber zum Erfolg kommt, so wäre das ein solches Experiment, das die Engländer sich leisten können. Darüber wird offiziell nichts zu hören sein. Wenn der Plan aber zum Erfolg kommt, so wäre das ein solches Experiment, das die Engländer sich leisten können. Darüber wird offiziell nichts zu hören sein.

Das wäre allerdings ein so grundsätzlicher Wandel in der Haltung Amerikas, daß er den Engländern ein Opfer wert sein könnte. Es liegt auf der Hand, daß die Engländer sich ohne eine amerikanische Rüstungsbeschränkung auf ein solches Experiment nicht einlassen können. Darüber wird offiziell nichts zu hören sein. Wenn der Plan aber zum Erfolg kommt, so wäre das ein solches Experiment, das die Engländer sich leisten können. Darüber wird offiziell nichts zu hören sein.

Die amerikanische Konzeption ist die Kern und Ausgangspunkt der Idee. Mit dieser amerikanischen Unterstützung würden für England die Bedenken fortfallen, die England stets gegen die Verwendung seiner Flotte in den bekannten Rüstungsbeschränkungen geltend gemacht hat. Damit ist für England die Möglichkeit gegeben, eine Verpflichtung hinsichtlich der unter den Rüstungsbeschränkungen vorgesehenen Präventivmaßnahmen zu übernehmen.

Wie diese Präventivmaßnahmen aussehen und sollen den Gegenstand eines Abkommens sein. Es liegt der Hand, daß die Engländer sich bereit erklären, unter der Bedingung, daß die Engländer sich ohne eine amerikanische Rüstungsbeschränkung auf ein solches Experiment nicht einlassen können. Darüber wird offiziell nichts zu hören sein. Wenn der Plan aber zum Erfolg kommt, so wäre das ein solches Experiment, das die Engländer sich leisten können. Darüber wird offiziell nichts zu hören sein.

Was bedeutet Briand mit seiner Senatsrede?

Es. Paris, 26. 3. (Eigenbericht)

Die Rede, die Briand gestern im Senat gehalten hat, liegt nunmehr im Wortlaut vor. Es ist schwer, in ihr die wichtigsten Aussagen für die Kontinentenfrage zu finden, die Briand machen würde und die die englischen Reichsminister in Paris, und was es scheint auch ein Teil der Londoner Presse, in der sie schon geteilt hat. Es ist auch nicht klar, auf welche besonderen Ziele der Briandenschen Ausführungen sich dieser Optimismus bezieht.

Andererseits wird erklärt, daß es wenig wahrscheinlich ist, daß Briand sich überhaupt im gegenwärtigen Augenblick in der Kontinentenfrage von den parlamentarischen Kreisen aus getrennt hätte, wenn er nicht etwas Besonderes haben wollte, das zur Vertiefung der französischen Politik auf der Kontinentenfrage ihm in nach deren Absicht noch genügend Gelegenheit geboten wäre.

In der französischen Abendpresse und auch im Leitartikel des „Temps“, der sich speziell mit der Briandenschen Rede beschäftigt, werden Briandens Ausführungen als reine Reiteration der bisherigen französischen Politik aufgefaßt. Es heißt in diesen Kreisen, daß Briand trotz der morgen beginnenden Young-Verhandlungen wieder nach London abgereist ist, und auch aus dieser Zeit die Rede der Briandenschen Frage einen Schritt weitergenommen.

Andererseits aber wird die Tatsache der Abreise Briands auch ganz anders ausgelegt. In den Kreisen der Kontinentenfrage glaubt man, Briand überfahre sich nach Paris, die Vertiefung der Young-Verhandlungen zu bringen und nach London zurück zu gehen, um die Young-Verhandlungen zu beenden. Briand überfahre diesem Zweck eine unannehme Aufgabe, nachdem er schon solche Aufgaben schon oft genug zu bewältigen habe. Es heißt auch, daß Briand die Young-Verhandlungen zu beenden und nach London zurück zu gehen, um die Young-Verhandlungen zu beenden.

Jan Pilsudski mit der Kabinettsbildung betraut

Es. Warschau, 26. 3. (Eigenbericht)
Nach heute abend hat der Staatspräsident Pilsudski, nachdem dem Senatmarschall Spzanski die Bildung einer parlamentarischen Regierung nicht gelungen war, den Abgeordneten des Regimentsblocks, Jan Pilsudski, einen Brief geschrieben, mit dem die Kabinettsbildung betraut.

Jan Pilsudski hatte heute Besprechungen mit dem früheren Ministerpräsidenten Patecki sowie mit den Marschällen des Senats und des Reichstages, um dann auch mit dem Vorstand des Regimentsblocks, Abgeordneten Zablot. Morgen wird er Besprechungen mit den Vorständen der einzelnen Senatsblöcke abhalten. Am Freitagvormittag wird Jan Pilsudski dem Staatspräsidenten die Liste des neuen Kabinetts vorlegen.

Reichspräsident v. Hindenburg und Reichsminister v. Brüning haben dem abgesetzten Ministerpräsidenten v. Brüning zu seinem 70. Geburtstag ihre Glückwünsche übermittelt.